

In dieser Ausgabe:

Kreisparteitag	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Meinungen	Seite 5
Interview Steffen Bockhahn	Seite 7

Mindestlohn

volksinitiative-mv.de

Volksinitiative "Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde" gestartet

Die Anhebung der Mindestlohnforderung von 8,50 auf 10 Euro durch die Gewerkschaft ver.di ist ein richtiges und notwendiges Signal. Ver.di war mit einer der ersten Gewerkschaften, die einen gesetzlichen Mindestlohn offensiv vertreten haben. Deshalb ist es konsequent und erfreulich, dass sie sich heute wie

die Linksfraktion für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro ausspricht. Es gibt mittlerweile ausreichend Untersuchungen, die eindeutig feststellen haben, dass bereits heute ein Mindestlohn von annähernd 10 Euro notwendig ist. Erst diese Höhe ermöglicht

nach 45 Arbeitsjahren einen gesetzlichen Rentenanspruch, der ein einigermaßen würdiges Leben im Alter ohne staatliche Unterstützung ermöglicht. Es geht eben nicht um das oft unterstellte „Darf's denn ein bisschen mehr sein“, sondern darum, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Deshalb

startete DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern am 5. Januar die Volksinitiative „Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde“. Unterschriftenlisten und weitere Informationen in der Kreisgeschäftsstelle, im Wahlkreisbüro (beide in der Martinstr.) oder unter www.volksinitiative-mv.de

Theater und Orchester sind unverzichtbar

Auf der Kundgebung am 16.12.2011 vor der Schweriner Staatskanzlei konnte der Betriebsratsvorsitzende des Mecklenburgischen Staatstheaters, Andreas Fritsch, mitteilen, dass sich bereits etwa 30.000 Menschen an der Volksinitiative beteiligt haben. Dafür ein Dank an alle UnterzeichnerInnen. Diese Tatsache ist so bedeutsamer, wird bedacht, dass die Initiative vor gerade einmal vier Wochen an den Start ging. Neben den Unterschriftenlisten wurde auch in zahlreiche Briefen zum Ausdruck gebracht, wie intensiv die Verbundenheit mit Theatern und Orchestern, mit den Künstlerinnen und Künstlern ist. Sie beweisen zugleich, wie gut und



Die Demonstration vor der Staatskanzlei

richtig es ist, dass wir gemeinsam aufstehen und uns einer Politik des Kulturabbaus widersetzen. Die Kundgebung war eindrucksvoll. Statt der erwarteten 250 kamen fast doppelt so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Geradezu toll waren die gelebte Solidarität der Hamburger und Lübecker Künstler und Kulturschaffenden, berührend die Musikbeiträge, treffend, zuweilen humorvoll und in jedem Fall erhellend, die Redebeiträge. Insgesamt haben über 48 000 Menschen binnen sieben Wochen die Volksinitiative unterzeichnet. Sie soll am 2. Februar der Landtagspräsidentin übergeben werden.

Wort zum Monat



Von
André
Walther

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser, lieber Verfassungsschutz,

ein schwieriges Jahr ist überstanden, mehr schlecht als recht, ein neues Jahr beginnt mit Ereignissen, die sich schon fast überschlagen. Somit zuallererst einmal im Namen des gesamten Kreisvorstandes ein frohes, erfolgreiches und vor allen Dingen gesundes neues Jahr 2012.

Bereits in den letzten Tagen des vergangenen Jahres wird der politische Alltag fast ausschließlich von einem Thema dominiert: die Moral und ihre scheinbaren Vertreter. Die Rede ist nicht etwa vom Kapitän der Costa Concordia, dessen Verhalten zweifelsohne Ausdruck der gesellschaftlichen Werteverhältnisse widerspiegelt; seit Ende Dezember zeigt uns niemand geringeres seine eigenen Vorstellungen

gen von Machtamtshandlungen als unser Staatsoberhaupt Christian Wulff. Es muss nichts näheres hierzu gesagt werden, da alle Zeitungen und Internetforen hiervon übersättigt sind. All dem ist nur hinzuzufügen, dass diese und andere Kapriolen des bundesdeutschen Alltags Ausdruck der gesellschaftlichen Situation sind.

Wer geglaubt hat, dass Antikommunismus als ein Relikt des Kalten Krieges in den Schreibtischschubladen verschwunden ist, der irrt gewaltig, auch nach dem Aufkochen missbilligtem Neonazi-Terror. Die Argumentation des Bundesinnenministers zur Bespitzelung namenhafter LINKEN-Politiker, zu denen u. a. auch unser Landesvorsitzender Steffen Bockhahn zählt (welcher im übrigen von einer Bundestagsmehrheit ins Kontrollgremium des Verfassungsschutzes gewählt wurde!!!), DIE LINKE hätte Tendenzen zur Gefahr der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist nicht nur ballaballa, wie Genosse Gysi dem Ausdruck verlieh. Das ganze Verfahren, seit 1995 offiziell (!!!), ist ebenso ein Indiz über die gesellschaftlichen Zustände in der BRD im Jahre 22 der politischen Wende.

Doch was tun, wenn eine Gesellschaft um ihre Existenz bangt? Etwa ein weiter so à la Merkozy? Ein bisschen Öko hier und ein wenig Bildungspäckchen da? Nein! DIE LINKE fordert die gesellschaftlichen Kräfte auf, sich an einem sozialökologischen Umbau für eine bessere Gesellschaft, für einen demokratischen Sozialismus zu

beteiligen.

Anders als im vergangenen Jahr ist der politische Jahresauftakt unserer Partei in Berlin allen Anschein nach geglückt. „Wir müssen hart arbeiten. Und darum bitte ich euch“, so Gregor Gysi bei seiner Rede vor vielen Gästen im Kosmos Berlin. Er sagte auch, dass die Vorbereitungen zur Wahl des neuen Bundesvorstandes nicht unsere politische Arbeit überschatten solle. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir haben die Antworten auf die aktuelle und auf die vielen anderen Krisen des Kapitalismus. Werden wir endlich geschlossen und auf breiter Spur mit unseren Inhalten aktiv. Wenn die LINKE nicht offenkundig NEIN zu Sozialraub, Kriegstreiberei usw. sagt, dann tut dies niemand!

Auch auf Landesebene ist unser politischer Jahresauftakt geglückt. Mit der Eröffnung der Volksinitiative für einen 10-Euro-Mindestlohn haben wir einen breiten gesellschaftlichen Willen auf unserer Seite. Nun liegt es an uns und unseren Bündnispartnerinnen und -partnern, diese Aktion mit Erfolg zu unterstützen. Der Kreisvorstand setzt deshalb auf die Aktivitäten aller BOs und Stadtteilorganisationen, Unterschriften zu gewinnen. Für weitere Themen der Landespartei sowie der Landtagsfraktion empfehle ich den Fraktionsreport 01-2012. Hier findet sich alles Wissenswerte zu bisherigen Themenschwerpunkten.

Auch für die Stadtfraktion sowie für unsere Oberbürgermeisterin der LINKEN steht ein arbeitsreiches Jahr bevor. Noch in der Dezembersitzung der Stadtver-

tretung zeigten sich mit der Ablehnung von CDU/FDP, SPD/Grüne sowie UB der überplanmäßigen Ausgaben für die Angestellten der Stadtverwaltung die politischen Machtverhältnisse und die Akzeptanz einer erfolgreichen LINKEN deutlich. Selbst auf lokaler Ebene werden politische Gefechte auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen, um die es in der Kommunalpolitik unmittelbar doch eigentlich geht.

Die Fraktion lässt sich von diesem Machtgezänke nicht berren. Sie stellt in der Januarsitzung u. a. die Anträge, städtische Aufträge zu Mindestlohnkonditionen zu vergeben, eine Kulturförderabgabe einzuführen und zusätzliches Personal zur Abarbeitung der Bildungspaketanträge einzustellen. Mit Anja Schichtenberg als neue Fraktionsgeschäftsführerin haben wir eine große Unterstützung nach einem schweren Abschied zurückbekommen und schauen ins neue Jahr mit Zuversicht.

Die Arbeit im Kreisverband, seines hauptamtlichen Geschäftsführers und seiner vielen fleißigen ehrenamtlichen Mitglieder soll auch in 2012 mit am Erfolg unserer Partei in der Gesellschaft beitragen. Ich freue mich auf einen spannendes Jahr 2012.

Euer André Walther
Mitglied im KV
Stadtvertreter

Ein neues Gesicht in der Martinstraße



Seit dem 1. Januar ist Viktor Micheil der Wahlkreismitarbeiter von Helmut Holter und Henning Foerster in Schwerin. Viktor ist 1965 in einem deutschen Dorf im Altai (Sibirien) geboren. Nach der Schule und dem Studium der Elektrotechnik in Nowosibirsk hat er als Produktionsleiter gearbeitet. Im Jahr 1996 ist er mit seiner Familie, nach einem Aufnahmeverfahren im Durchgangslager, Schwerin zugewiesen worden. Nach Sprach- und Integrations-

kursen und einer Förderbeschäftigung bei der Zukunftswerkstatt folgte 1999 eine Weiterbildung für arbeitslose Ingenieure und eine Ausbildereignungsprüfung. Viktor engagierte sich mehrere Jahre in der Sozialbetreuung für russischsprachige MigrantInnen bei Sprachkursen in Schwerin und später bei der Erstaufnahme in Nordwestmecklenburg. Nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit entschloss er sich gemeinsam mit seiner Frau in die Selbst-

ständigkeit zu gehen, mit einem russischen Spezialitätengeschäft in der Schlosstraße. Ab 2007 begann für Viktor die Mitarbeit im, von Annette Köppinger initiiertem Projekt, „XENOS-Integration in Arbeit von Migranten für Migranten“ als Jobmentor und als EDV-Dozent. Viktor ist verheiratet, hat eine Tochter in Nowosibirsk und macht in seiner Freizeit gerne Meditation und Sport. Wer mehr über Viktor erfahren möchte, besucht ihn im Wahlkreisbüro.

Die Auswertung der letzten Landtagswahlen war der inhaltliche Schwerpunkt des letzten Kreisparteitages. Die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag und die Wahl der Vertreterinnen unseres Kreisverbandes im Landesausschuss waren der parteiorganisatorische Hintergrund des Parteitages.

Als Leiter der AG Wahlen machte ich sehr deutlich, dass DIE LINKE ihre Wahlziele nicht erreicht hat. Stadtweit wurde DIE LINKE nur zweitstärkste Kraft, deutlich hinter der SPD, die vom SELLERINGEFFEKT profitierte. Hinter dem gestiegenen prozentualen Wahlergebnis für unsere Partei verbirgt sich ein absoluter Stimmverlust. Dies ist auf die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung zurückzuführen. Sie ist zugleich Indiz dafür, dass für die Menschen diese Wahl recht uninteressant war. Eine Wechselstimmung, die die schwarzrote Koalition weghaben wollte, war nicht zu spüren. Die geringe Wahlbeteiligung führte dazu, dass im Wahlkreis 9 erstmals in der Geschichte der Landeshauptstadt alle Parteien im Vergleich zu den vorherigen Landtagswahlen absolut an Stimmen verloren haben. Sogar die GRÜNEN, die sich als die Wahlsiegerin schlechthin feierten, verloren in den Neubaugebieten im Süden der Stadt absolut an Stimmen. Hier hat vor allem die Demokratie verloren.

Ebenfalls erstaunlich die genaue Analyse der Ergebnisse der NPD, die absolut jede dritte Stimme verlor und in Schwerin 4,4% der Stimmen holte. Sie hat ihre Hochburgen nicht nur im MUEßER HOLZ oder NEU ZIPPENDORF. Auch in der Paulsstadt oder in der Feldstadt liegen sie deutlich über ihrem Durchschnittswert in der Stadt. Dies macht zumindest eines deutlich, die NPD ist nicht nur dort stark wo DIE LINKE stark ist. Denn in der Feldstadt und der Paulsstadt schnitt DIE LINKE deutlich unter ihrem stadtweiten Ergebnis ab. Die von Konservativen immer wieder ins Feld geführte Debatte von links- und rechtsextremen Rand ist in der Praxis (als Kriterium der Wahrheit) widerlegt. Im Gegenteil, die Nazis schneiden in den vermeintlich wohlsituierteren Innenstadt-Stadtteilen überdurchschnittlich gut ab. Dies sollte zu denken geben und bestätigt die grundsätzliche Aussage, dass der Rechtsextremis-

Kreisparteitag beriet zu Ergebnissen der Landtagswahl

von Peter Brill, Leiter AG Wahlen

mus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Mit Henning Foerster schicken wir einen Kandidaten ins Rennen, der sehr unbekannt war. Sein Wahlergebnis nötigt vor diesem Hintergrund Respekt ab. Im Wahlkampf und auch jetzt im Anschluss dürfte sich sein Bekanntheitsgrad schon erhöht haben. Mit dem angekündigten Wechsel an der Fraktionsspitze dürften die Chancen auf eine deutliche Erhöhung der Erststimmen steigen. Helmut hat es erreicht, dass im südlichen Wahlkreis 9 die Erststimmen deutlich über den Zweitstimmen lagen. Dazu konnte DIE LINKE hier prozentual deutlich zule-

Themen der LINKEN und besetzte sie so für die SPD. Er forderte den Abzug der Soldaten aus Afghanistan, er kritisierte die Rente mit 67, erfand Hartz IV nicht wirklich gut. Nur vergaß er zu erwähnen, dass die SPD all diese Dinge mit forciert und eingeführt hat. Zur Krönung bestätigte er öffentlich, dass die DDR kein Unrechtsstaat war. Zwar sehr undifferenziert, aber eben halt durch ihn festgestellt. Von den Medien kritisiert, hielt er den medialen Sturm im Wasserglas aus und hatte der LINKEN auch noch ihr letztes Thema, Vertreterin von Ost-Interessen zu sein, in der Öffentlichkeit weggenommen. Die Mindestlohndebatte, ursprünglich durch



Genosse Alexander Lehmann während des Kreisparteitages

gen. Unter denen, die zur Wahl gingen, haben wir mit Helmut Holter also einen guten Kandidaten präsentieren können. Eine stärkere Präsenz im Wahlkampf hätte dieses Ergebnis verbessern können. Den Wahlkreis gewinnen können, das wäre in diesem Wahlkampf unmöglich gewesen. Die SPD hatte mit Erwin SELLERING den Spitzenkandidaten schlechthin. Er zeigte sich volksverbunden, war in Vereinen und Verbänden unterwegs und dabei stets in medialer Begleitung. Er positionierte sich mit klaren Aussagen zu den

die PDS in die Diskussion gebracht, spielte in diesem Wahlkampf in der Auseinandersetzung zwischen SPD und LINKE keine Rolle mehr. Medial gesehen und damit aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler wollen beide Parteien einen Mindestlohn. DIE LINKE ließ sich das gefallen, hatte wohl auch kaum eine andere Chance. Alle Versuche der LINKEN die SPD in eine Auseinandersetzung zu zwingen, scheiterte an der konsequenten Ignoranz der SPD. Erwin SELLERING lächelte jede politische Konfrontation einfach

weg. Somit entstand ein gefühlter Kuschelwahlkampf.

Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen?

Die Partei muss wieder zur Kümmererpartei werden. Dabei ist klar, dass wir nicht mehr so präsent sind in Vereinen und Verbänden und auch nicht mehr die Mitgliederstärke haben. Trotzdem zeigt uns Henning Foerster wie es geht. Er rechnet nach und nach alles, was er im Wahlkampf versprochen hat, ab. Nicht überall kann er helfen, aber die Ampelschaltung an der Gadebuscher Straße am Altenpflegeheim wurde für die Fußgänger verlängert. Selbst wenn er nicht helfen kann, ist allein das Gefühl der Menschen da, dass sie ernst genommen werden. Ein Stück Vertrauen in Politik ist geschaffen. In diesem Sinne sollten wir zur Kümmererpartei werden. Der Kreisvorstand sollte rausgehen in die Vereine und Verbände der Stadt. Er sollte sich selbstbewusst zeigen und Probleme aufnehmen und gemeinsam mit der Fraktion in der Stadtvertretung angehen. Dies wäre eine Schlussfolgerung.

Für das Image als Kümmererpartei sind aber auch unsere beiden Schweriner Landtagsmitglieder zuständig. Helmut Holter und Henning Foerster müssen in ihren Wahlkreisen aktiv und für die Menschen erlebbar sein. Sie müssen sich einbringen und vor Ort ansprechbar sein.

Wir werden uns intensiv mit der Struktur der Partei in unserem Kreisverband befassen müssen. Hier stehen wir teilweise vor sehr großen Problemen, was die Aktionsfähigkeit unserer Partei betrifft.

Der „Bericht aus dem Rathaus“ muss stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden. Unsere Fraktion leistet eine sehr intensive und gute Arbeit. Medial wird dies durch die örtlichen Medien sehr schlecht reflektiert. Wir müssen es selbst tun, etwas anderes wird uns nicht übrig bleiben.

Vor unserem Kreisverband stehen also viele Aufgaben. Die Zeit ist dabei knapp bemessen, denn 2013 haben wir Bundestagswahl und 2014 Kommunalwahlen. Doch eigentlich wollen wir eine Partei für den Alltag und nicht für die Wahltage sein, was unsere Aufgaben nicht leichter macht.

Kein Ende im Streit ums Bildungspäckchen

Alles andere als weihnachtlich besinnlich ging es in der letzten Sitzung der Schweriner Stadtvertretung im Jahr 2011 zu. Zwar gab es ein großes Geschenk – die Sparkassenstiftung spendet der Landeshauptstadt 14.000 • um eine Nachbildung der Schliemann Büste am Pfafenteich aufstellen zu können, ansonsten gab es jedoch auch viel Hick Hack, so um die Gestaltung der Alexandrinenstrasse oder die künftige Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Zudem spitzte sich der Konflikt in der Verwaltungsspitze zu, was eine große Koalition aus CDU/FDP und SPD/Grünen nur allzu gern für ihre parteitaktischen Spielchen nutzen möchte.

Philosophie-Unterricht in der Landeshauptstadt

Der Antrag der UB Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt. Zwar ist das Anliegen, mehr Philosophie-Unterricht anzubieten, grundsätzlich zu begrüßen, allerdings hatte eine kleine Anfrage von LINKEN Fraktionsvize Henning Foerster beim Bildungsministerium ergeben, dass aus Sicht des Landes eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften und Referendaren im Einsatz ist und zudem seitens der Landeshauptstadt kein zusätzlicher Personalbedarf angemeldet wurde.

Mehr Bürgerbeteiligung bei öffentlicher Spielplätze

Ursächlich für diesen Antrag war der mangelhafte Informationsfluss zwischen Verwaltung und Ortsbeirat bei der Demontage von Spielplatzgeräten in Friedrichsthal. Hier waren Geräte vor den Augen der Anwohner abgebaut worden, ohne dass der beauftragten Firma Erkenntnisse darüber vorlagen, wann neue Geräte aufgestellt werden sollen. Dementsprechend fiel die Reaktion aus. Künftig will man nun mit einem Gestaltungsbeirat dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können. Dem Antrag der UB Fraktion wurde mehrheitlich zugestimmt. Entscheidend bleibt jedoch, dass unabhängig vom Gremium der Informationsfluss zwischen den handelnden Personen sichergestellt wird.

Bericht aus dem Rathaus

Alexandrinenstrasse nun doch nicht teilasphaltiert

Ganz sicher kann man zu einem solchen Vorhaben unterschiedlicher Auffassung sein. Immer wenn Straßen umgestaltet werden, sind verschiedene Interessen berührt. Touristen und Einwohner wünschen sich eine optisch ansprechende Gestaltung, gerade im Innenstadtbereich, Anwohner wollen Lärmschutz, Reduzierung von Erschütterungen berücksichtigt wissen und vor zu hohen Umlagekosten geschützt werden. In diesem Themenspektrum hat LINKEN Baudezernent Dr. Wolfram Friedersdorff versucht, einen Kompromiss zwischen den Interessenlagen herbeizuführen. Dieser sah eine Kombination aus Pflasterung im vorderen Teil der Straße (Höhe Arsenal) und Asphaltierung im hinteren Teil der Straße (Kreuzung Knautstraße) vor. Leider fand dieser Vorschlag keine Mehrheit, so dass jetzt eine Pflasterung der gesamten Straße realisiert werden soll.

Strategiepapier zur Jugendarbeit in Schwerin

Ein echter Meilenstein war der einstimmige Beschluss zur Fortschreibung des Strategiepapiers „Jugendarbeit in Schwerin“. Es trägt der Entwicklung in den drei Trägerverbänden der Landeshauptstadt Rechnung und sichert ein Angebot an offenen Treffs, Straßen- und Schulsozialarbeit. Bemerkenswert ist der einstimmige Beschluss vor allem angesichts der Mehrkosten von über 400.000 •, die aus Tarifanpassungen der letzten Jahre resultieren. Hier hat sich wohl endlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es besser ist, jetzt etwas zu tun, um die Folgekosten von Fehlentwicklungen in der Zukunft geringer zu halten. „Schwerin braucht angesichts der sozialen Situation eine gute Jugendarbeit und dieses Konzept sichert sie in den nächsten 2 Jahren ab“, wie Peter Brill in seinem Statement als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses deutlich machte.

Stelle des Generalintendanten am Mecklenburgischen Staatstheater wird nicht ausgeschrieben

Dieser Antrag der UB Fraktion steht in der Linie der Auseinandersetzungen zwischen Ex-Aufsichtsratschef Silvio Horn und Generalintendant Joachim Kümritz. Dies machte auch LINKEN Fraktionschef Gerd Böttger in seiner Rede deutlich. Bei der Entscheidung zur Zukunft des Intendanten geht es um eine Weiterbestellung, bei der die Stadtvertreter in der Regel einer Empfehlung des Aufsichtsrates folgen. Eine Ausschreibung ist von daher nicht vorgesehen. Angesichts der Lage am Staatstheater ist es auch völlig falsch, dem Land jetzt zu signalisieren, dass man „Pferde wechselt“, für die bevorstehenden Verhandlungen zur Zukunft des ehrwürdigen Hauses braucht es jemanden, der seinen Laden in und auswendig kennt. Folglich wurde der Antrag auf Ausschreibung auch mehrheitlich abgelehnt.

Kulturelle Vielfalt sichern – Kulturförderabgabe einführen

Angesichts der bevorstehenden Haushaltsdebatte will die LINKE in der Stadtvertretung das Thema neu diskutieren. „Vor allem die Breitenkultur leide darunter, wenn Kleinstbeträge gestrichen würden“, sagte Fraktionsvize Henning Foerster. Die Satzung zur Einführung einer Kulturförderabgabe soll die Anforderungen der Hoteliers berücksichtigen, indem Vermieter kleiner Privatzimmer ausgenommen, der administrative Aufwand gering gehalten und die Kommunikation zum Zweck der Erhebung durch die Stadt unterstützt werden. Zudem soll die Abgabe tatsächlich zweckgebunden verwendet werden und nicht im schwarzen Loch des Haushaltes verschwinden. Die Linke schlägt eine pauschale Abgabe von 1 • auf die Übernachtung vor, bei 450.000 Übernachtungen im Jahr könnte also eine ordentliche Summe eingenommen werden. Der Vorteil – diese Ab-

gabe trifft keinen Schweriner Bürger und ist so konzipiert, dass sie vom Übernachtungsgast erhoben wird. Die Vorlage wird nun von den Fachausschüssen diskutiert.

Überplanmäßige Ausgabe im Personalkostenbudget erneut abgelehnt

Erneut demonstrierte eine große Koalition aller Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN, dass sie die sich über das Jahr abzeichnenden Personalmehrkosten nicht mittragen will. Damit wurde nochmals deutlich, dass im Zweifel die politischen Ränkespiele auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden sollen. OB Angelika Gramkow hat natürlich pflichtgemäß die Löhne und Gehälter der Beschäftigten ausgezahlt. Die Ablehnung der Stadtvertretung zwingt sie jedoch zum Gang ins Innenministerium, wo sie den Vorgang anzeigen muss. Zudem wird er in der politischen Debatte missbraucht, wie die Landtagsdebatte zur Volleyball EM zeigte. Dort konnten es sich einige Redner nicht verkneifen, darauf zu verweisen, dass Schwerin ja nicht mal in der Lage sei, seinen Verwaltungsangestellten die Gehälter zu zahlen.

Änderungen zur Richtlinie „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ nach SGB II

Bereits im November 2011 hatte Fraktionsvize Henning Foerster im Nachgang zum Erwerbslosenparlament Anfragen aus der Mitte des Plenum aufgegriffen und an LINKEN OB Angelika Gramkow weitergeleitet. Nun nahm die SPD/Grünen Fraktion das Thema auf und möchte die Verwaltung beauftragen, eine neue Satzung zu erarbeiten. „Dies sei auch sinnvoll, weil zum einen das Jobcenter die Zahlung nach den Vorgaben der Stadtverwaltung vornehme und zudem das Bundessozialgericht festgelegt habe, dass die Angemessenheit der Heizkosten gesondert zu prüfen ist“, machte Erika Sembritzki für die LINKE in der Debatte deutlich. Die Fachausschüsse werden jetzt unter anderem beraten, ob die derzeit festgelegten Höchstbeträge für Heizkosten (angemessene Wohnungsgröße in m² mal 1,25 Euro bzw. 1,40 Euro) noch angemessen sind oder nicht. **Ende Teil I**

Teil II

Bildungs- und Teilhabepaket soll weiterhin im Stadthaus bearbeitet werden

Einigkeit gab es hier nur zu einem Punkt, es geht darum, das zur Verfügung stehende Geld unkompliziert an die Bedürftigen zu bringen. Dies ist allerdings auch keine neue Erkenntnis und die Probleme sind greifbar. Seit Einführung des „Bildungspäckchens“ weigert sich der SPD Sozialdezernent, zusätzliches Personal einzustellen, obwohl die Kosten dafür vom Bund mitfinanziert werden. Stattdessen wurden aufgrund des Antragsstaus Mitarbeiter anderer Abteilungen versetzt, um die Bearbeitung zu unterstützen. Damit bleiben natürlich andere Vorgänge liegen, 2000 waren es im November 2011. Dazu kamen Zugriffsprobleme auf die Daten der Antragssteller, da diese aus unterschiedlichen Rechtskreisen kommen. Für die Bezieher von Wohngeld ist beispielsweise die Stadt, für die Bezieher von SGB II Leistungen das Jobcenter zuständig. Vor diesem Hintergrund hatte OB Angelika Gramkow den Vorschlag unterbreitet, die gemeinsame Anlaufstelle im Stadthaus zu erhalten, die Anträge aber entsprechend der rechtlichen Zuständigkeiten bearbeiten zu lassen. Dies lehnte eine Mehrheit aus SPD/Grünen und CDU/FDP ab. Man darf gespannt sein, wie sich die Situation weiter entwickelt, die LINKE wird im Interesse der Betroffenen dran bleiben.

DNA-Register für Hunde in Schelf- und Werdervorstadt

Nein – es ist kein vorgezogener Aprilscherz, diesen UB Antrag gibt es wirklich. Freilich wird niemand bestreiten, dass es nach wie vor viel zu viele Hundehaufen im Stadtgebiet gibt, ob ein DNA-Register für Hunde der richtige Weg ist, darf jedoch nicht nur aufgrund der Kosten von 60-80 • je Hund bezweifelt werden. Michael Strähnz wies für DIE LINKE darauf hin, dass man weiterhin auf das „andere Ende der Leine“ orientieren müsse, die Hundehalter müssen sensibilisiert und im Bedarfsfall auch durch Bestrafung von Ordnungswidrigkeiten diszipliniert werden.

MEINUNGEN

Naziintegration ist Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie

Die gegenwärtige Zeit macht es erneut deutlich: Antifaschistische Staatsdoktrin stärkt die Demokratie, antikommunistische schwächt sie. Sicherlich denken ältere Bürger, als sie von den 10 Hinrichtungen erfuhren, die länger als ein Jahrzehnt dem faschistischen Untergrund „NSU“ in der BRD möglich waren, an den DEFA - Film von Wolfgang Staudte „Die Mörder sind unter uns“. Nicht die Sicherheitsorgane des Staates, sondern der Tod der Nazi - Täter brachten ursächlich diese Ungeheuerlichkeiten und mehr an den Tag. Die Kanzlerin schämt sich mit Blick auf das Ausland und verweist auf Ungereimtheiten deutscher Behörden. SPD-Chef Gabriel warnt Frau Merkel in einer der letzten Bundestagsitzungen vor den sozialen Leerräumen in die die Nazis

hineinstoßen. Nehmen wir im letzten Jahr die Räume der Feier 200 Jahre Krupp: Da sind der Bundespräsident Wulff, die Bosse von Wirtschaft und Finanzen, die hohe Geistlichkeit, aber keine ehemaligen Zwangsarbeiter. Krause, den wir durch Krupp kennen, war auch nicht anwesend. Ihm ging es nicht immer gut. Vor allem, wenn er und seine Söhne mit Krupps Waffen in den Krieg mußten. Krupp allerdings ging es immer gut. Bis auf einmal, als 1945 seine Waffen ruhten, er die SS-Uniform auszog und durch die Alliierten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 12 Jahren Knast verurteilt wurde. 1952 frühzeitig entlassen, war er kurzweilig der reichste Mann Europas und sein Markenzeichen war wieder prägend: diesmal für die Wirtschaft und Politik des

Rechtsnachfolges des Dritten Reiches. Im gleichen Zeitraum setzte Kanzler Adenauer die Nazi - Generale wie Heusinger, Schörner, Speidel usw. in Position. Auch Nazispionagechef Gehlen war für den Aufbau des BRD - Geheimdienstes unentbehrlich. Hans Maria Globke, der Verfasser der Durchführungsbestimmungen der Nürnberger Rassegesetze, wurde Adenauers wichtigster Beamter. Da war er hart wie Kruppstahl. Später wurde ein Nazi Bundeskanzler und ein anderer Ministerpräsident. Die ehemaligen Nazirichter in den neuen Ämtern zählten wir nicht. Aber die 137 Toten durch Neonazis im vereinigten Deutschland. Wie sagte Bertold Brecht : Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. Und alles undenkbar im antifaschistischen DDR - Staat. **Karl Scheffsky**

Konkrete Verbesserungen sind Voraussetzung für „Schulfrieden“

In den vergangenen Tagen haben Ministerpräsident Sellering und sein Bildungsminister Brodtkorb immer wieder einen so genannten „Schulfrieden“ gefordert. Gemeint ist, dass jegliche öffentliche Debatte über die nötigen Veränderungen an den Schulen des Landes unterbleiben solle. Nach der Tagung des Landesvorstandes der LINKEN

in Mecklenburg-Vorpommern erklärt der Vorsitzende Steffen Bockhahn:

„DIE LINKE ist jederzeit zu einem konstruktiven Dialog zur Schulpolitik bereit. Doch die Zeit drängt. An den Schulen werden dringend mehr LehrerInnen gebraucht. Die Klassen sind zu groß, die Stundenzahl für die LehrerInnen muss gesenkt

werden. Vor allem aber brauchen wir ganz schnell ein tragfähiges Konzept für die Inklusion ab der Grundschule.

In einem solchen Dialog werden wir uns gern konstruktiv einbringen. Zuschauen und still halten, wenn die Landesregierung einfachste Verbesserungen nicht umsetzt, werden wir aber nicht.“

In den Landesausschuss wurden als VertreterInnen des Kreisverbandes Schwerin Birgit Trübe und Peter Brill gewählt. Auf dem Bundesparteitag werden unseren Kreisverband Angelika Gramkow und Anja Janker sowie Peter Brill und Helmut Holter vertreten.

Gesucht werden ehrenamtliche Nachhilfelehrer/innen für Deutsch und Englisch im Grundschulbereich. Bei Interesse bitte im Wahlkreisbüro melden. Tel. 0385/5923442.

Der nächste Kreisparteitag findet am 14.4.2012 statt. Dort wird der neue Kreisvorstand gewählt. Bei Interesse bitte in der Kreisgeschäftsstelle melden.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Rosa-Luxemburg-Stiftung in Schwerin zieht positive Bilanz für 2011

Eine positive Bilanz über ihre politische Bildungsarbeit in Schwerin zieht die Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Jahr 2011. Nach Angaben des Arbeitskreises in der Landeshauptstadt hat dieser im zurückliegenden Jahr 25 Veranstaltungen mit mehr als 700 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Dabei wurde ein breites Themenfeld abgedeckt – von der programmatischen Entwicklung der Linkspartei über den arabischen Frühling bis hin zur gegenwärtigen Eurokrise und zum Mauerbau 1961. Erstmals hat sich die RLS auch mit drei Filmabenden an den Literaturtagen der Landeshauptstadt Schwerin beteiligt. Die Vorführung des dreiteiligen DEFA-Films „Jeder stirbt für sich allein“ traf offensichtlich nicht nur wegen der aktuellen Neuauflage des Romans auf ein

großes Interesse.

Nach einem musikalisch-politischen Tucholsky-Abend im Dezember 2010 hat der Arbeitskreis Schwerin im Jahr 2011 erstmals ein politisches Konzert veranstaltet. Mit Liedern von Mikis Theodorakis mit deutschen Texten vorgetragen von der Gruppe Quijote aus Chemnitz wollte der Arbeitskreis ganz bewusst einen Kontrapunkt zur aktuellen antigriechischen Stimmung und Diskussion setzen. Mit der Veranstaltung „50 Jahre Mauerbau“ hat die RLS in Schwerin ein weiteres aktuelles Thema des zurückliegenden Jahres aufgegriffen. Der Referent Dr. Bollinger hat den Mauerbau in seinen historischen Rahmen eingeordnet und vor moralischen Bewertungen gewarnt. Nachzulesen unter Standpunkte 23/2011 auf der Internetseite der Stiftung unter www.rosalux.de. Das Programm für das Jahr 2012

wird zurzeit vorbereitet. Eine Aufgabe sieht der Arbeitskreis für das neue Jahr in der Gewinnung weiterer aktiver Mitglieder, eine andere im Ausbau der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Auch ein RLS-Stipendium will der Arbeitskreis nach Möglichkeit wieder unterstützen. Interessierte können die Kontaktdaten und umfangreiche Informationen zur Arbeit der Stiftung in M-V und bundesweit den Internetseite der RLS unter www.rosalux.de oder www.mv.rosalux.de entnehmen. Der Arbeitskreis der RLS in Schwerin bedankt sich bei allen Besucher/innen der Veranstaltungen der Stiftung im zurückliegenden Jahr 2011 und hofft auch im Jahr 2012 auf eine rege Teilnahme sowie auf viele Ideen und neue interessierte Gesichter.

**Arbeitskreisleiter
Jörg Böhm**



Pfingsten am Werbellinsee
Auch 2012 wieder mit uns

2012
zum
20. Mal

DIE LINKE.

Herzliche Glückwünsche

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 gratulieren ganz herzlich Genossen

Werner Schlechtendahl zum 87. und

Genossen Heinz Bendig zum 91. Geburtstag.

Die besten Wünsche für das Jahr 2012 und für eine stabile Gesundheit.

Am 01. Februar begeht Genosse Hans Koch seinen 77. Geburtstag.

Dazu gratulieren ganz herzlich die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321

Die BO 605 gratuliert nachträglich Genossen Heinz Schmidt zum 63. und

Genossen Peter Brill zum 45. Geburtstag, den sie am 29.12. begingen, sowie

Genossen Wolfgang Heinrich am 02.01. zum

76. Geburtstag

und wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

Am 05.02. begeht die Genossin Evelyn Göbel ihren 77. Geburtstag und die

Genossin Ursula Schlegel am 09.02. ihren 85. Geburtstag.

Auch sie erhalten von ihrer BO die besten Wünsche. Glückwünsche am 5. Januar an

Genosse Nils Dunst zum 50. Geburtstag, am 10. Januar

Genosse Karl Taft zum 80. Geburtstag und am

12. Januar

Genossin

Hildegard Niederstraßer zu ihrem 90. Geburtstag.

20. Pfingsten mit DIE LINKE vom 25.Mai bis 28.Mai 2012. Alle Informationen und Anmeldung in der Kreisgeschäftsstelle in der Martinstr. 1/1A (Tel: 0385/7587454) oder unter www.die-linke-schwerin.de

Linker Kontrolleur wird kontrolliert

Wie finden Sie es, dass auch Sie auf der Liste der 27 überwachten Linken-Abgeordneten stehen?

Steffen Bockhahn: Das macht mich nicht weiter betroffen, das ist auch nur ein Punkt unter vielen anderen. Ich gehe davon aus, dass das Bundesamt für den Verfassungsschutz sehr triftige Gründe hat, mich zu beobachten. Alles andere würde bedeuten, dass der Verfassungsschutz sich nicht an das geltende Recht hält. Die entscheidende Frage ist aber, welche Idee dahinter steht, die Linke zu überwachen. Da geht es nicht so sehr um die 27 Bundestagsabgeordneten, sondern um die Frage, was man mit der Partei machen will, indem man sie überwacht. Ich glaube, dass einfach Angst vor uns gemacht werden soll, dass man uns in eine zwielichtige Ecke stellen will. Das ist das eigentliche Problem.

Was für triftige Gründe könnten das aus Sicht des Verfassungsschutzes sein?

Wenn ich die kennen würde, dürfte ich sie Ihnen nicht verraten - die Mitglieder des Vertrauensgremiums sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Ich darf Ihnen so viel sagen: Mir konnten bisher keine Gründe genannt werden, warum es Sinn machen soll, mich oder meine 26 Kollegen zu überwachen.

Sie dürften mir nicht einmal sagen, ob Sie die Liste gesehen haben?

Wenn die Medienberichte stimmen und eine solche Liste dem Vertrauensgremium vorliegt, dann können Sie davon ausgehen, dass ich die auch gesehen habe.

Man hört von Ihnen gar keinen Vergleich mit Stasi-Methoden.

Den werden Sie von mir auch nicht hören, denn es gibt natürlich einen qualitativen Unterschied. In der Bundesrepublik gibt es die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste, und die gab es beim DDR-Ministerium für Staatssicherheit zweifelsfrei nicht. Inwieweit Parlamentarier die Geheimdienste tatsächlich kontrollieren können, ist eine offene Frage, zu der man unterschiedlicher Ansicht sein kann. Aber es ist doch ein sehr wesentlicher Unterschied, auf den ich gern in aller Deutlichkeit hinweise.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat versichert, dass die Linke vom Bundesamt für Verfassungsschutz nicht geheimdienstlich überwacht, sondern nur beobachtet wird. Glauben Sie das?

Das Bundesamt für den Verfassungsschutz hat erklärt, dass es keine nachrichtendienstlichen Mittel anwende. Mir

fehlt der Gegenbeweis, deshalb werde ich das auch nicht behaupten. Es kann allerdings sein, dass Bundestagsabgeordnete von einzelnen Länderdiensten mit geheimdienstlichen Mitteln überwacht werden. Theoretisch dürfte das aber keine flächendeckende Erscheinung sein.

In Niedersachsen würden Abgeordnete der Linken auch mit geheimdienstlichen Mitteln überwacht, hat der Präsident des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Werner Wargel, gesagt.

Was die Länderdienste machen, liegt allein in der Verantwortung der Länder. Das macht übrigens wieder einmal ein Problem deutlich: Der Bund und die Länder arbeiten komplett parallel. Dass der niedersächsische Verfassungsschutz unter dem Rechtsaußen Schünemann geheimdienstliche Mittel anwendet, überrascht mich gar nicht.

Sie meinen den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann.

Das größere Problem ist für mich nicht der Umgang mit den Abgeordneten, denn die können sich wehren. Aber was ist mit den vielen Parteimitgliedern, die nicht sicher sein können, ob sie für die Wahrnehmung ihres grundgesetzlich verbrieften Rechts, sich politisch zu engagieren, bespitzelt werden?

Ihre Fraktion hat bereits vor einigen Jahren Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Beobachtung einiger Abgeordneter durch den Verfassungsschutz eingereicht. Damals waren Sie noch nicht im Bundestag. Deckt diese Klage Ihren Fall ab?

Davon gehe ich aus. Wobei wir und noch mal in Ruhe anschauen müssen, inwieweit bei Petra Pau und mir eine Besonderheit besteht, da wir vom Deutschen Bundestag mit Kanzlermehrheit in unsere Funktionen gewählt wurden - Petra Pau ins

Amt der Bundestagsvizepräsidentin, ich als Vertreter meiner Fraktion ins Vertrauensgremium.

Kanzlermehrheit?

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags wird man nur mit der Mehrheit der gewählten Abgeordneten, also mit der Kanzlermehrheit. Gleiches gilt für die Mitglieder der Gremien, die die Geheimdienste kontrollieren. Wenn das Bundesamt für den Verfassungsschutz trotzdem meint, uns überwachen zu müssen, dann wirft das Fragen auf.

Wie empfinden Sie das Verhalten von Kollegen aus anderen Fraktionen?

Ich habe den Eindruck, dass es vielen sauer aufstößt, dass das Bundesamt für den Verfassungsschutz willkürlich, wahllos und flächendeckend eine demokratisch gewählte Opposition auskundschaftet. Viele fragen sich, ob die ihren Auftrag verstanden haben. Natürlich gibt es auch die Hardliner in der Union, die der Auffassung sind, dass das alles noch viel zu wenig ist und dass man uns idealerweise gleich verbieten sollte. Aber ich bin geneigt, mir eher die Frage zu stellen, ob die das Grundgesetz verstanden haben, als mir die Frage zu stellen, ob ich es verstanden habe.

Quelle: Hubertus Volmer/ n-tv

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 09.03.2012, Redaktionsschluss ist der 02.03.2012.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Wir trauern um unseren Genossen

Prof. Dr. Rudolf Rochhausen

Bis ins hohe Alter von 92 Jahren hat er in Wort und Schrift aktiv am Parteileben teilgenommen. Auch als Wissenschaftler hat er sich für sozialistisches Denken im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingesetzt. Er wird uns fehlen.

Der Kreisvorstand Schwerin

Die Beisetzung findet am 3. Februar 2012 um 14.00 Uhr auf dem Alten Friedhof statt.

Lankower Ziegel ist tolle Aktion zum Stadtteiljubiläum



wickelt, wurden am Freitagmorgen die ersten Brote verkauft. „Es schmeckt gut und ist gesund, insofern wird

es sicher nicht mein letztes Brot gewesen sein. Mit jedem verkauften Brot fließen 20 Cent in die Festivitäten zum 775. Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung des Stadtteils, schon von daher kann man dieses Anliegen nur unterstützen, so Foerster abschließend.

Als prima Idee und Beleg für konkretes Engagement von ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitgliedern und der im Stadtteil ansässigen Bäckerei Straßer bezeichnet der Schweriner Landtagsabgeordnete und Stadtvertreter Henning Foerster

die Aktion zum Verkauf der „Lankower Ziegel“. Unter Bezugnahme auf zwei prägende Gewerbezweige ent-



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Schweriner Genossinnen und Genossen wie immer präsent

Zum Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fand am 15. Januar das traditionelle Gedenken am Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde statt. Zu diesem Anlass suchten tausende linker Organisationen und Einzelpersonen diesen Ort auf, um Karl und Rosa aber auch den Opfern rechter Gewalt zu Gedenken und für politische Alternativen zu demonstrieren. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat traditionell, so wie viele andere Organisationen auch, eine Kranzniederlegung vollzogen und den politischen Ideengebern der ersten Stunde für eine bessere Gesellschaft



in Würde und Freiheit ohne Krieg gedacht, darunter auch Dietmar Bartsch als stellvertretender Bundestagsfraktionsvorsitzender.

Nicht zuletzt das gute Wetter und die politische Stimmung im Land haben für eine rege Teilnahme gesorgt. Auch Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Schwerin der Partei DIE LINKE haben an der Veranstaltung teilgenommen. Für die nächsten Jahre wäre eine noch breitere Beteiligung aller Kreisverbände der LINKEN M-V an dieser Veranstaltung erfreulich. Eine breite Organisation wäre wünschenswert.

André Walther